



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Umsetzung der Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und Entschließung zum Arbeitsmarkt

– Der Landtag wolle beschließen:

I) Der Schleswig-Holsteinische Landtag befürwortet die Beratungen und Ergebnisse der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga, die im Dialog einen wichtigen Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit in der Ostseeregion leistet. Er stimmt der Schlussresolution zu und bittet die Landesregierung, die formulierten Punkte in ihren Zuständigkeiten umzusetzen.

Der Landtag ist im Rahmen des nächsten Europaberichts der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Resolution in Schleswig-Holstein zu informieren.

Der Landtag begrüßt, dass zukünftig die beteiligten Parlamente der BSPC ihren Regierungen einheitliche Fragen zur Umsetzung der Beschlüsse vorlegen können. Die Landesregierung wird gebeten sich an diesem Verfahren zu beteiligen und die Fragen zu beantworten.

II) Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont die Errungenschaft der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit. Sie ist die Voraussetzung für die von der Ostseeparlamentarierkonferenz geforderte Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in der Ostseeregion. Wirtschaftliche Kooperationen kombiniert mit regionalen Lösungen können dabei in betroffenen Ländern der Ostseeregion dem Abwandern von Fachkräften entgegenwirken.

III) Auf der Grundlage der einvernehmlich beschlossenen Resolution zu Arbeit und Ausbildung in der Ostseeregion beschließt der Schleswig-Holsteinische Landtag:

- Die Förderung der Mobilität von Arbeitskräften in Grenzregionen hat weiter Priorität. Grenzüberschreitend tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen Informationsangebote gemacht werden. Gute Beispiele wie das Regionkontor in Padborg sowie die HanseBelt Initiative in Lübeck, müssen weiter unterstützt werden. Zur Förderung der Mobilität gehört auch, die Vergleichbarkeit und Transparenz von Qualifikationen herzustellen, sodass eine bessere Anerkennung von formalen Abschlüssen auf einem hohen Niveau hergestellt wird.
- Die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt müssen noch stärker miteinander verknüpft werden. Unternehmen, Universitäten und Schulen im Ostseeraum müssen enger zusammenarbeiten, um eine bessere Ausrichtung von beruflichen Aus- und Weiterbildungen an den Arbeitsmarkt herzustellen. Dazu bedarf es unter anderem einer Partnerschaft der Nördlichen Dimension, um die Ostseeregion langfristig im Bildungs- und Arbeitsmarktsektor zu stärken.
- Angesichts der bestehenden Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Raum gilt es, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt in der Ostseeregion zu schaffen und eine Beschäftigungsplattform zu erarbeiten, sodass die Stärken und Möglichkeiten, die die Ostseeregion bietet, ausgeschöpft werden. Die zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten bestehenden Ansätze, sollen genutzt und weiterentwickelt werden. Dazu zählen die Empfehlung des Rats der Europäischen Union für die Integration von Langzeitarbeitslosen und die Jugendgarantie der EU. Das Ziel ist ein erfolgreicher Übergang von der Schule in den Beruf. Leih- und Zeitarbeit sowie Werkverträge müssen verringert und Arbeit fair entlohnt werden.
- Die Zusammenarbeit von Sozialpartnern, Arbeitsvermittlungsstellen und privaten Arbeitsagenturen ist zu verbessern, damit die Perspektiven für Arbeitssuchende wie auch für die Bekämpfung von Fachkräftemangel verbessert werden.
- Den Austausch von erfolgreichen Modellen im Bereich der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt in der Ostseeregion gilt es auf zu bauen und weiter zu entwickeln. Um eine ganzheitliche Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen ist eine frühe Einbindung der Sozialpartner notwendig.

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW